

V0430/22

Kitas - Arbeitsgruppe erweitern

-Ergänzungsantrag zu V0155/22/1 der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 09.05.2022-

Stadtrat vom 02.06.2022

Stadtrat Grob sagt, er halte die Arbeitsmarktzulage für eine zu teure, ungeeignete und unsolidarische Maßnahme den Umlandgemeinden gegenüber. Die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden brauche man in vielerlei Projekten wie z.B. dem Krankenhauskonzept. Stadtrat Grob ist der Meinung, dass eine Erweiterung des Personals durch Lockangebote nicht funktionieren werde, da die ein oder andere Nachbargemeinde bereits angekündigt habe, dass sie bei dem Preis mitgehe werde. Dies würde lediglich dazu führen, dass die Preise nach oben gehen, verdeutlicht er. Auch Ingolstädter freie Träger wie z.B. die Bürgerhilfe, die kirchlichen Träger, die Montessorischule und das Marienheim sollen sich laut eines Artikels aus dem Donaukurier aus Gründen der Solidarität gegen die Arbeitsmarktzulage ausgesprochen haben. Als Lösung schlägt Stadtrat Grob vor, die Gelder anderweitig zu investieren, z.B. um die Attraktivität der Ausbildung zu steigern. Um mehr Auszubildende zu gewinnen und mittelfristig einen Effekt erzielen zu können, hält Stadtrat Grob es für notwendig, zusammen mit den Fachgremien für Sozialpädagogik der umliegenden Landkreise ein Kooperationskonzept zu schaffen.

Stadtrat Stachel gibt bekannt, dass die Stadtratsfraktion Freie Wähler die Arbeitsmarktzulage als falsche, untaugliche und teure Reaktion auf eine missliche Lage hin, welche man so nicht nachhaltig bekämpfen könne, ablehne. Als langfristiges Ziel halte sie es für sinnvoller, das Geld in die Nachwuchsförderung, sprich den Ausbau der Schulangebote, zu legen. Stadtrat Stachel sagt, ihn würde interessieren, weshalb es an dem Personal so fehle, was die Berufspraktikanten machen, wenn sie mit ihrer Ausbildung fertig sind, wie die Quote dazu sei und weshalb die Quote wo anders besser sei. Die Frage sei, ob man in Ingolstadt organisatorisch alles richtig mache mit dem Personal. Er höre immer wieder Stimmen, dass das Thema Clusterbildung nicht das Gelbe vom Ei sei. Seitens der Verwaltung sei es eine gute Lösung. Er persönlich könne dies nicht beurteilen, aber er wisse von genügend Mitarbeitern, dass diese das anders sehen. Da die Umlandgemeinden eine Reaktion bereits angekündigt haben, glaubt Stadtrat Stachel, dass die Einführung dieser Arbeitsmarktzulage am Ende des Tages ein Bumerang sei, der auf Ingolstadt zurückschlage. Auch was die Zusammenarbeit mit der Region betreffe, teile er die Ansicht von Stadtrat Grob. Die Arbeitsmarktzulage präge das Bild einer egoistischen Stadt, die in das Umland wirke. Dies würde Ingolstadt an vielen Stellen, auch in der Zukunft, schaden. Angenommen man würde die befristete Arbeitsmarktzulage beschließen, nach drei Jahren auf den Prüfstand nehmen und feststellen, dass diese keinen Erfolg gebracht habe, werde man diese aufgrund der bevorstehenden Wahl trotzdem nicht abschaffen, geht Stadtrat Stachel davon aus.

Stadtrat Rehm erinnert an seinen mündlich gestellten Antrag im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit, die Arbeitsmarktzulage von 10 Prozent auf 15 Prozent zu erhöhen. Die AfD-Stadtratsfraktion vertritt die Meinung, dass 10 Prozent nicht ausreichen werden, um für Mitarbeiter einen Anreiz zu schaffen, nach Ingolstadt zu kommen. In der

Region 10 herrschen in Ingolstadt die höchsten Lebenserhaltungskosten. Demzufolge müsse man auch den Lohn anders gestalten als irgendwo draußen auf dem Land, betont Stadtrat Rehm. Trotzdem stimme die AfD dem Antrag der Verwaltung zu, da sich die Arbeitsmarktzulage auf drei Jahre beschränke. Eine Evaluation würde man seitens der AfD-Stadtratsfraktion begrüßen.

Stadtrat De Lapuente appelliert, es sei die Aufgabe der Kommune, die Kindergärten zu besetzen und das nicht nur mit neuen Kräften. Viel wichtiger sei es, dass die Kräfte, die heute dort arbeiten, auch morgen noch dort arbeiten. Weiter weist er daraufhin, dass andere Landkreise und Regionen andere Pflegeprämien haben. Neuburg empfangen z.B. neues Personal mit Prämien bis zu 5.000 Euro. Solche Prämien habe Ingolstadt nicht, betont er. Ingolstadt habe sich für dieses Modell entschieden, da die Not an Erzieherinnen und Erziehern sehr groß sei. Man werde im Herbst Einrichtungen haben, welche mangels Personals nicht eröffnet werden können. Wenn sich zusätzlich Kräfte überlegen zu gehen, weil sie in Ingolstadt mit diesem Lohn nicht leben können, dann müsse man sich Sorgen machen. Worte wie „Geld allein mache nicht Glück“, „Egoistisch“, „Hände weg vom heißen Eisen“ seien harter Tobak für die Erzieherinnen und Erziehern, kritisiert Stadtrat De Lapuente an Stadtrat Stachel und Stadtrat Grob gewandt. Aus diesen Gründen stimme die SPD-Stadtratsfraktion für die Arbeitsmarktzulage.

Stadträtin Bulling-Schröter sagt, sie könne nicht verstehen, weshalb manche gegen diesen Wettbewerb seien. Die Gewerkschaften sollen es begrüßen, dass der Wettbewerb auch in Berufen startet, in denen es zu wenig Beschäftigte gebe. Für die Gesellschaft sei es wichtig zu wissen, was ihnen bestimmte Beschäftigungen im Dienstleistungsbereich wert seien. Stadträtin Bulling-Schröter vertritt die Meinung, dass dieses Thema öfter diskutiert werden sollte. Deshalb werde die Stadtratsgruppe DIE LINKE der Vorlage der Verwaltung zustimmen. Weiter erinnert Stadträtin Bulling-Schröter an die bereits gestellten Anträge der Stadtratsgruppe DIE LINKE zu den Themen Ausbildungsförderung im Bereich Kinderpflege Erziehung. Was die von Stadtrat Stachel angesprochene Clusterbildung betreffe, halte auch sie es für sinnvoll, diese zu hinterfragen und bei Bedarf die Strukturen zu verändern. Hierzu könnte man eine anonyme Umfrage durchführen, schlägt sie vor. All diese Themen sollten ihrer Meinung nach in bestimmten Abständen immer wieder eruiert werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll bezieht sich auf die von Stadträtin Bulling-Schröter angesprochenen Anträge der Stadtratsgruppe DIE LINKE und teilt mit, dass diese wie vereinbart in gesonderten Vorlagen abgearbeitet werden und nach ihren Kenntnissen schon fast fertiggestellt seien.

Grundsätzlich müsse man sich die Frage stellen, welches Ziel man hier verfolge, findet Stadtrat Schäuble. Die Verwaltungsvorlage spreche insbesondere von der Gewinnung und Halten von Fachpersonal. Dies könne er zu 100 Prozent teilen. Dass dieses Mittel als „Ultima Ratio“ dargestellt werde und man ein Symptom bekämpfe, ohne die zugrunde liegende Krankheit zu kennen, könne er allerdings nicht teilen. In der Marktwirtschaft sei ein Wettbewerb effizient, gibt er Stadträtin Bulling-Schröter Recht. Bei den Erzieherinnen wäre diese Vorgehensweise vernünftig, wenn es irgendwo anders zu viel Erzieherinnen geben würde, die dann nach Ingolstadt kommen würde. Dies sei aber offensichtlich nicht der Fall, da es bayernweit sowie in der Region zu wenig Personal gebe. Deswegen glaube Stadtrat Schäuble, dass dieses Preissignal dazu führen würde, dass am Ende lediglich das

Lohnniveau höher sei. Sinnvoller wäre es seiner Ansicht nach, das Geld zuerst in die Ausbildungsförderung zu stecken, um das Problem beheben zu können. Die Arbeitsbedingungen könne man dann nachhaltig verbessern, wenn insgesamt mehr Personal zur Verfügung steht, schlägt Stadtrat Schäuble vor. Aus diesen Gründen habe die Ausschussgemeinschaft FDP/JU den Änderungsantrag gestellt, dass sich die Verwaltung gemeinsam mit den staatlichen und freien Trägern der Region 10 nochmal zusammensetzt, um ein Konzept auszuarbeiten. Die Arbeitsmarktzulage wird seitens der FDP/JU abgelehnt, führt Stadtrat Schäuble aus.

Stadtrat Dr. Spaeth denkt, dass die Arbeitsmarktzulage zurecht umstritten sei. Niemand könne sagen, ob sie etwas nütze oder nicht. Trotzdem brauche der Erzieherberuf mehr Wertschätzung. Diese drücke sich u.a. über das Gehalt aus. Dieser Verdienst sei in den Augen von Stadtrat Dr. Spaeth eine kurzfristige Maßnahme, um das Personal in Ingolstadt halten zu können. Denn die Gefahr bestehe, dass es weiterhin zu einer Abwanderung komme und man den Kindern in Zukunft keinen Kindergartenplatz zur Verfügung stellen kann. Deshalb sei die Einführung der Arbeitsmarktzulage aus Sicht der Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen richtig. Es brauche aber auch noch andere Maßnahmen, um den Beruf wieder attraktiv zu machen, da die Arbeitsmarktzulage nur ein Baustein vom Ganzen sei. Die anderen Maßnahmen werde man ergreifen müssen, um einen langfristigen Gewinn erzielen zu können, so Stadtrat Dr. Spaeth.

Die Arbeitsmarktzulage sei keine Erfindung der Stadt Ingolstadt, um den anderen Kommunen die Erzieherinnen wegzuschnappen, kritisiert Stadtrat Werner die Argumente der gegnerischen Parteien. Dank Oberbürgermeister Dr. Scharpf habe man es endlich geschafft, sich auf die Kommunen und Landkreise in der Region zuzubewegen, um zu einer vernünftigen Zusammenarbeit zu gelangen. Diese sei inzwischen institutionalisiert, um gemeinsame Projekte auf den Weg zu bringen. Zudem sollen sich nach Aussagen von Stadtrat Werner, vor einem dreiviertel Jahr alle kommunalen Spitzenverbände unter ausdrücklicher Zustimmung ihrer 16 Landesverbände auf eine Richtlinie verständigt haben, den Kommunen zur Verbesserung der Personalsituation eine Arbeitsmarktlage bis zu 20 % zu gewähren. Ohne diese Richtlinie könnte die Stadt Ingolstadt dieses Instrument erst gar nicht nutzen. Insofern habe die Arbeitsmarktzulage weder was mit mangelnder Solidarität noch mit Egoismus zu tun, entgegnet Stadtrat Werner. Weiter verweist er auf die Tatsache, dass die Arbeitsmarktzulage für Erzieherinnen in Ingolstadt kaum dafür ausreiche, um die Mehrkosten für das Wohnen zu begleichen, welche man in den meisten umliegenden Gemeinden des Landkreises Pfaffenhofen für die Hälfte bekommt. Die Arbeitsmarktzulage sei ein Instrument, um den Beruf ein Stück attraktiver zu machen. Diese Maßnahme alleine werde das Problem auf Dauer allerdings nicht lösen, pflichtet Stadtrat Werner bei. Dafür brauche man eine Vielzahl von Maßnahmen, insbesondere auch bei der Ausbildung des Nachwuchses. Den Erzieherinnen und Erziehern, der Gruppe im öffentlichen Dienst, die in den letzten fünf Jahren am häufigsten für eine angemessene Bezahlung gestreikt habe, diese Möglichkeit der Arbeitsmarktzulage zu verweigern, das bezeichne Stadtrat Werner als unsolidarisch. Nicht nur den Erzieherinnen und Erziehern gegenüber, sondern vor allem den Kindern, die am meisten unter den nicht optimalen Bedingungen in den Einrichtungen leiden.

An Stadtrat Werner gewandt weist Stadtrat Dr. Lösel darauf hin, dass es nicht Oberbürgermeister Dr. Scharpf war, der die regelmäßigen Treffen zwischen dem Oberbürgermeister und den Landräten eingeleitet hat, sondern Stadtdirektor Hans Meier. Durch die Tatsache, dass viele in der Region angekündigt haben, dass sie die Löhne

gemeinsam erhöhen wollen, glaubt Stadtrat Dr. Lösel, dass man schlussendlich nicht mehr erreicht, als den heutigen Status Quo auf einem höheren Lohnniveau. Die Anzahl der Arbeitskräfte werde deswegen nicht steigen. Gleichzeitig verfüge man auch nicht über die Ausbildungsmöglichkeiten, welche man vorher anpassen müsste. Auf der anderen Seite habe man die Situation, dass man sowohl den anderen Verwaltungsberufen als auch der freien Wirtschaft eine entsprechende Konkurrenz beschert, stimmt er Stadtrat Schäuble zu. Dort, wo damals zu wenig Kinder auf die Welt gekommen seien, werde man dieses Thema mit der Arbeitsmarktzulage nicht lösen können. Man würde es nur lösen können, wenn es in der unmittelbaren Umgebung eine hohe Arbeitslosigkeit gäbe. Die sehe man allerdings in Bayern und Süddeutschland nicht, stellt Stadtrat Dr. Lösel fest. Ein weiteres Problem sei, egal wie hoch man den Lohn ansetze, die Menschen werden nicht bereit sein umzuziehen, weil die Aufwendungen dafür zu hoch seien. Grundsätzlich sei es für ihn in Ordnung, wenn die Löhne angehoben werden und andere Bereiche mitziehen. Damit löse man allerdings nicht das eigentliche Problem, da die Menge der Arbeitskräfte einfach zu wenig sei. Die heutige Problemsituation sei nicht morgen oder übermorgen lösbar, da diese vor 15 Jahren durch zu wenige Geburten verursacht worden sei, führt Stadtrat Dr. Lösel aus.

Herr Engert bestätigt, dass man mit der Arbeitsmarktzulage für Erzieherinnen und Pflegerinnen kein neues Instrument bei der Stadt Ingolstadt einführt. Die Arbeitsmarktzulage sei ein kurzfristiges Instrument, welches man in dieser Situation brauche. Zum einen, um bei den fertig werdenden Absolventen der Ausbildungseinrichtungen einen besseren Vorteil bei der Anwerbung neuer Kräfte zu haben und zum anderen, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter halten zu können, da Ingolstadt im Moment einen klaren Wettbewerbsnachteil gegenüber umliegenden Landkreisen habe. Die Situation in den umliegenden Landkreisen sei völlig anders. Dort gebe es sehr viel weniger heterogene Einrichtungen und kürzere Öffnungszeiten, von den Lebenshaltungskosten ganz zu schweigen. Diesen klaren Wettbewerbsnachteil mit der Arbeitsmarktzulage auszugleichen halte Herr Engert durchaus für legitim, auch wenn er die Diskussion wahrnehme, die aktuell statfinde. Die Situation in Ingolstadt sei allerdings nicht misslich, sondern dramatisch, betont er. Man werde im nächsten Kalenderjahr Hunderten von Kindern, die einen Rechtsanspruch habe, keine Betreuung anbieten können. Weiter informiert Herr Engert darüber, dass auch die freien Träger teilweise ihre Strategie geändert haben sollen. Bisher sollen diese dieselbe Strategie verfolgt haben wie die Stadt Ingolstadt, nämlich Plätze zuzuweisen, auch wenn das Personal nicht zur Verfügung stehe. Inzwischen bestehe bei den freien Trägern die große Sorge, dass dies zu rechtlichen Konsequenzen führen könnte. Aus diesem Grund bieten die freien Träger diese Plätze gar nicht mehr an. In dieser Woche habe Herr Engert von einem freien Träger der Stadt Ingolstadt 100 Kinder genannt bekommen, welche nicht mehr aufgenommen werden und nun auf der Warteliste der Stadt Ingolstadt stehen. Dies bedeute, man werde Hunderte von Kindern haben, die man nicht betreuen könne, veranschaulicht er. An diesem Punkt stelle sich das Problem der Rechtssicherheit. Herr Engert geht davon aus, dass man hunderte von Verfahren haben wird, da diese Situation nicht von allen Eltern einfach hingenommen werde. Um rechtssicher zu sein, müsse die Stadt Ingolstadt alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben. Ansonsten gehe man ein Risiko ein, warnt er. Auch aus diesen Gründen habe die Verwaltung als Instrument die Arbeitsmarktzulage vorgeschlagen. Auf die Nachfrage von Stadtrat Stachel, ob die Verwaltung organisatorisch alles richtig gemacht habe, antwortet Herr Engert, dass jeder Fehler mache und es überall Probleme gebe. Das Cluster-Konzept sei nicht in Stein gemeißelt und werde auf den Erfolg, den man sich dadurch verspricht, nochmal geprüft. Die Personalnot treffe nicht nur die Stadt Ingolstadt, sondern auch die freien Träger. Insofern sei es kein organisatorisches Problem der Stadt Ingolstadt, sondern ein Problem des Raumes Ingolstadt, wo die Kosten entsprechend hoch

seien. Was den Ausbau der Ausbildung betreffe, könne Herr Engert die Meinungen seiner Vorredner teilen. Dafür bedarf es in weiten Bereichen eine staatliche Genehmigung. Dieses Thema sei allerdings nur ein langfristig wirkendes Instrument, welches die Situation in den nächsten 10 Jahren nicht lösen werde, glaubt Herr Engert. Dazu komme, dass ab dem Jahr 2026 der Ganztagesanspruch in den Grundschulen eingeführt werde und dort nur noch Fachkräfte eingesetzt werden dürfen, welche er aktuell nicht sehe. Das bedeute, selbst wenn man deutlich mehr ausbilde, werde man die nächsten Jahre weiterhin erhebliche Probleme haben. Das was heute in der Zeitung stehe von den freien Trägern, habe auch Herrn Engert erstaunt. Vor allem weil sich dort die freien Träger geäußert haben, welche im Jugendhilfeausschuss für die Arbeitsmarktzulage gestimmt haben. Dementsprechend habe er heute früh intensive Telefonate geführt und von einem großen freien Träger der Stadt Ingolstadt erfahren, dass sein Problem sei, dass er Einrichtungen nicht nur in Ingolstadt, sondern auch in den Landkreisen habe. Dies sei insofern kompliziert, wenn in einem Teil seiner Einrichtungen eine Arbeitsmarktzulage gezahlt werde und in dem anderen nicht. Die Bürgermeister der Gemeinden sollen ihm mit aller Deutlichkeit versichert haben, dass sie keine Arbeitsmarktzulage einführen werden. Dies bedeute, dass die Kommunikationsstrategie an der Stelle durchaus unterschiedlich sei und man deshalb nicht voraussagen könne, was real passiere. An Stadtrat Schäuble gerichtet, teilt Herr Engert mit, dass die Stadt Ingolstadt all ihre Möglichkeiten, was die Ausbildungsförderung und Übernahme von Kosten betreffe, ausgeschöpft habe. Man habe auch schon mehrere unterschiedliche Werbekampagnen geplant. Diese seien allerdings sehr mühsam. Deswegen glaubt Herr Engert, dass die Arbeitsmarktzulage der Stadt Ingolstadt an dieser Stelle helfen könnte. Eine hundertprozentige Sicherheit gebe es bei keiner Maßnahme, stellt er klar.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erkundigt sich bei Stadtrat Stachel, ob sich die Ziffern 2, 3 und 4 des Änderungsantrages der Freien Wähler erledigt haben, weil sie erfüllt oder in Arbeit sind.

Stadtrat Stachel stimmt zu. Für die Abstimmung bitte er darum, das Abstimmungsverhalten im Protokoll festzuhalten.

Die Ziffer 1 des Antrages der Ausschussgemeinschaft FDP/JU sei deckungsgleich mit der Ziffer 1 des Antrages der Freien Wähler, stellt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll fest. Was Ziffer 2 betreffe, dürfe wohl Wunsch aller Stadtratsmitglieder sein, an diesem Thema weiterzuarbeiten und voranzukommen, geht sie davon aus.

Um die Ausbildung zu verbessern, werde die Stadtverwaltung jeder Möglichkeit zustimmen, ergänzt Herr Engert und schlägt vor Ziffer 2 des Antrages der Ausschussgemeinschaft FDP/JU im Zusammenhang mit den anderen fünf Anträgen der Stadtratsgruppe DIE LINKE im nächsten Sitzungslauf zu diskutieren.

*Abstimmung über **Ziffer 1** des Änderungsantrags der FW-Stadtratsfraktion **V0247/22** und des Änderungsantrags der Ausschussgemeinschaft FDP/JU **V0486/22**:
Gegen 16 Stimmen abgelehnt.*

Mit Zustimmung des Antragstellers Stadtrat Stachel haben sich die **Ziffern 2, 3 und 4** des Änderungsantrages der FW-Stadtratsfraktion **V0247/22** durch Verwaltungshandeln erledigt.

*Abstimmung über den Antrag der Verwaltung **V0155/22/1**:*

Mit Mehrheit der Stimmen:
Entsprechend dem Antrag genehmigt.